

Fraktion BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN im Gemeinderat Leonberg

Kommunalpolitische Erklärung zum Haushaltplanentwurf für 2020

Dr. Bernd Murschel und Birgit Widmaier für die Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,
sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Dr. Vonderheid,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Vor ziemlich genau einem Jahr hatten wir als Fraktion Grüne unsere Haushaltsrede unter das Motto gestellt: „Mehr Lebensqualität für Leonberg – der Weg von der auto-gerechten zur menschengerechten Stadt“. Für den Haushalt 2020 wollen wir daran anknüpfen und damit auch einen weltweiten Trend aufgreifen. Wir wollen einen Klimavorbehalt im Vorfeld aller Beschlussfassungen, um auf lokaler Ebene einen Beitrag zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad Celcius zu erreichen. Der Weltklimarat IPCC hat verbindliche nationale Ziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen vereinbart. Gleichzeitig haben nach § 7 des Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes in Baden-Württemberg die Kommunen eine Vorbildfunktion inne. In diesem Sinn bringen wir einen KLIMAHAUSHALT ein, der unser kommunaler Beitrag für dieses Zukunftsthema sein soll.

Die jungen Menschen gehen freitags für ihre Zukunft auf die Straßen. Es ist nur fair und richtig, wenn auch wir in unserer kommunalen Verantwortlichkeit darauf eine Antwort geben. Ja, wir wollen auch den kommenden Generationen eine lebenswerte Welt hinterlassen.

Zur Stadtentwicklung und Wirtschaft

Leonberg verändert sich. Große Bauprojekte sind im Entstehen oder in der Planung. Die Verbindung zwischen der historischen Altstadt und dem wirtschaftlichen Zentrum in der Kernstadt ist nach wie vor nicht realisiert. Mehr noch, die jetzigen Planungen

für das Postareal würden einen attraktiven Brückenschlag eher behindern. Zu dicht, zu hoch, zu wenig innovativ. Wir brauchen mehr Raum für Fußgänger und Radfahrer, den Erhalt von Bäumen und eine bessere Verkehrsführung. Für im Haushalt 2019 nicht verwendete Mittel für das Modellprojekt Shuttlebus – ebenfalls ein Imagebaustein für Leonberg - wollen wir in den Haushalt 2020 übertragen.

Die Altstadt braucht mehr als jährliche Beteuerungsreden zu deren Bedeutung. Unter Einbeziehung der Citymanagerin soll die Stadt eine aktivere Rolle übernehmen. Mit Ankauf- oder Anmietoptionen, einem gezielten Leerstandsmanagement kann die Entwicklung der Altstadt besser gesteuert werden. Und selbstverständlich muss das historische Rathaus in seiner Substanz gesichert werden. Dazu bedarf es auch einer angepassten Nutzungsmöglichkeit.

Die Randbebauung an der Berliner Straße zum Stadtpark muss ein städtebauliches Filetstück werden. Wir wollen ein energetisches Modellquartier mit einer guten sozialen Durchmischung entwickeln. Einschließlich 25% bezahlbarem Wohnraum. Die Stadt soll das Modellquartier bei der Internationalen Bauausstellung IBA der Region einbringen. Diese Grundsätze müssen schon in die Planungen zur Vergabe einfließen.

Stadthalle

Wie die Zukunft der Stadthalle aussehen kann ist in erster Linie kein Politikum. Es bedarf vielmehr der nüchternen Betrachtung, welchen finanziellen Beitrag wir uns für die Halle leisten wollen. Nun ist das jährliche Defizit erneut auf mehr als eine Million Euro angestiegen. Wir begrüßen es, dass jetzt fraktionsübergreifende Überlegungen für gravierende Veränderungen angestellt werden. Ob ein Privatinvestor die richtige Lösung ist, werden wir ernsthaft prüfen.

Verkehr

Es bedarf der grundsätzlichen Antwort, wie Mobilität in den Städten zukünftig erfolgen soll. Mehr Fuß- und Radwege, besserer und attraktiverer ÖPNV, Leben in Quartieren und gute Infrastruktur, von der Arzt- bis zur Nahversorgung. Und ganz wichtig: die Vision, wo es hingehen soll in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger. Die Überlegungen für eine Umgehungsstraße im Westen der Stadt sind allerdings keine Vision, sondern sind und bleiben hoffentlich eine (schlechte) Utopie. Wir brauchen nicht

eine weitere „Einkreisung“ durch Straßen, sondern die veränderte Mobilität für mehr Lebensqualität in der Stadt.

Ein Klimavorbehalt für städtische Maßnahmen braucht Koordination. Wir fordern deshalb die Schaffung der Stelle eines/einer Klimamanagers/-Managerin. Für den städtischen Forst wollen wir für Teilflächen ein Alt- und Totholzkonzept einrichten. Andere Kommunen im Kreis sind da schon seit Jahren dabei und leisten damit einen Beitrag zu Biodiversität und Reduzierung der Treibhausgase. Der städtische Energiebericht ist längst überfällig, wir wollen diesen Bericht im 1. Halbjahr 2020 in den Gremien diskutieren.

Gewässer, Kläranlage

Die Planungen für eine 4. Reinigungsstufe für Spurenstoffe und die Rückgewinnung der endlichen Ressource Phosphor hatten wir im letzten Haushalt angeregt und diese soll nun umgesetzt werden. Ein richtiger Schritt.

Das Thema des dramatischen Rückgangs der Insektenpopulation wollen wir in Leonberg ebenfalls angehen. Leonberg muss bunter werden: Blühstreifen in der Stadt sollen nicht nur den Bienen Nahrung und Lebensraum geben, sondern auch das Stadtbild verschönern.

Kultur

Kulturell hat Leonberg ein ansprechendes und vielfältiges Angebot. Dieses zu erhalten und möglichst zu erweitern trägt zur Attraktivität der Stadt bei. KünstlerInnen brauchen geeignete Räume, um sich und die Kunst und Kultur weiterzuentwickeln. Hierzu zählt für uns auch die ehemalige Schuhfabrik. Diese muss als KünstlerInnenhaus unbedingt erhalten bleiben. Warum sie – obwohl es keinen Beschluss dazu gab - im Haushalt für 2020 im Haushaltskapitel zur Umwandlung in Wohnraum auftaucht, ist nicht nachvollziehbar. Wir beantragen daher, dass die Mittel zur Umwandlung in Wohnraum gestrichen werden.

20-jähriges Jubiläum der KZ-Gedenkstätteninitiative

Die KZ-Gedenkstätteninitiative kann im Jahr 2020 das 20-jährige Bestehen ihrer so wichtigen Arbeit begehen. Zu den Feierlichkeiten werden auch ehemalige Häftlinge und deren Nachkommen eingeladen.

Im Haushaltsentwurf sind für das Jubiläum bereits 15.000 Euro eingestellt. Erfreulicherweise war der Rücklauf auf die Einladung unerwartet hoch. Aus diesem Grund hat die KZ-Initiative einen Antrag an die Stadtverwaltung gestellt, den Betrag um 10.000 Euro zu erhöhen, um evtl. anfallende höhere Kosten abzusichern. Diesen Antrag unterstützen wir genauso wie den Antrag auf Übernahme des Honorars für die Arbeiten für das Stadtarchiv.

Schulen / Bildung

In die Sanierung der Schulen fließen auch im Jahr 2020 wieder mehrere Millionen Euro. Trotzdem gibt es nach wie vor einen Sanierungsstau, dieser hat vielfältige Ursachen. Die Umsetzung der Sanierungen muss deutlich mehr Fahrt aufnehmen.

Digitalpakt

Für die Digitalisierung der Schulen gibt es Fördermittel von Bund und Land im Rahmen des Digitalpaktes. Nachdem wir bei diesem Thema immer wieder nachgehakt und nachgefragt haben, gehen wir davon aus, dass die Bearbeitung wie versprochen auf dem Weg ist, damit auch Leonberg Zuschüsse erhalten kann.

Wichtig ist uns, dass wirklich alle Schulen in Leonberg im Rahmen des Digitalpaktes ertüchtigt werden und dass der städtische Eigenanteil jeweils fristgerecht bereitgestellt wird, damit alle Zuschüsse abgerufen werden können.

Wichtig ist uns auch, dass parallel der Glasfaserausbau und die Breitbandanbindung der Schulen erfolgt. Auch hierzu gibt es bereits Beschlüsse, diese müssen rechtzeitig bearbeitet und umgesetzt werden und die Investitionszuschüsse beantragt werden.

Bezahlbarer Wohnraum

Ein weiteres drängendes Thema ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Dies erfordert ein Bündel von Maßnahmen. Dazu gehört die Aktivierung von bislang nicht genutztem Wohnraum oder die Entwicklung von vertikalem Wohnraum d.h. zum Beispiel Wohnungsbau auf Kindertageseinrichtungen oder Einzelhandel oder anderen Gebäuden, die bislang eher horizontal entwickelt sind. Und es müssen weitere Wohnungen auch auf städtischen Flächen gebaut werden. Dabei gilt der Grundsatz Innen vor Außen. Verdichtung ja, wo sie möglich ist, aber nicht an Stellen, wo es sich nicht ins Stadtbild einfügt oder andere Faktoren die Höhenentwicklung bremsen müssen. Ein Beispiel hierfür ist die Grabenstraße, wo der Entwicklung in die Höhe durch die bereits jetzt bestehende Schadstoffsituation Grenzen gesetzt sind.

Unsere Flächen im Außenbereich - darunter auch viele wertvolle landwirtschaftliche Flächen - dürfen nicht weiter durch Gewerbegebiete oder neue Wohngebiete zugebaut werden. Diese dienen den Landwirten und damit uns allen als Lebensgrundlage, aber auch als Frischluftschneisen und zur Naherholung. Die Gewerbeflächen haben in den letzten Jahren zugenommen, unsere Gewerbeflächenausstattung kann sich auch im Vergleich mit anderen Städten sehen lassen, bei der Gewerbeflächenproduktivität (Gewerbesteuer in Mio. Euro pro ha) liegen wir an zweiter Stelle in der Region. Durch die Bosch-Ansiedlung werden unsere Gewerbeflächen in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen, außerdem gibt es noch Industriebrachen auf Leonberger Gemarkung, die aktiviert werden können. Wir sehen keine Notwendigkeit, weitere neue Flächen auszuweisen.

Thema Wachstum

immer höher, immer weiter ist manchmal nicht der richtige Weg, zwischendurch sollte man innehalten. Die Bevölkerung hat zugenommen, die Stadtentwicklung kommt leider aktuell nicht hinterher – es fehlen z.B. Kita Plätze und Schulräume. Es ist eine immense finanzielle Kraftanstrengung notwendig, diese zur Verfügung zu stellen. Und auch in anderen Bereichen wie z.B. der Verkehrsbelastung spüren wir, dass wir bereits an Grenzen gestoßen sind. Leonberg hält aktuell mit der Entwicklung nicht Schritt.

Apropos Bevölkerungswachstum: wenn die EinwohnerInnenzahl die 50.000 übersteigt, sind Kommunen zur Einstellung einer Gleichstellungsbeauftragten verpflichtet. Die Verwaltung hat dies zugesichert, so dass wir davon ausgehen, dass die Ausschreibung, wenn wir uns dieser Marke annähern in die Wege geleitet wird.

Nun zur finanziellen Lage der Stadt

Auch wenn die Rechnungsergebnisse der letzten Jahre vermeintlich das Bild zeichnen, als ob im Haushalt alles doch gar nicht so schlimm wäre, müssen wir leider konstatieren: es ist noch schlimmer!

Kurzfristig sieht es zwar so aus, als ob eine Entspannung eingetreten ist, da die liquiden Mittel vorhanden sind und keine neuen Kredite aufgenommen werden müssen. Dies geschieht aber nur, da geplante Investitionen nicht abgearbeitet werden (können). 2019 werden 26,6 Mio. eingeplanter Investitionen nicht umgesetzt. 26,6 Mio.,

eine immens hohe Zahl, für die derzeit keine Mittel abfließen und die das Rechnungsergebnis unseres Haushalts beeinflussen werden. Diese Investitionen werden aber natürlich irgendwann in den Folgejahren kommen und dann den Haushalt umso mehr belasten.

Die Haushalte der nächsten Jahre sind nur über Einnahmen durch außerordentliche Erträge (i.d.R. Grundstücksverkäufe) ausgeglichen und genehmigungsfähig. Im Jahr 2020 sind dafür 4,67 Mio. eingeplant und im Jahr 2021 9,37 Mio. Wir müssen uns fragen, welche Flächen und Grundstücke in diesem Umfang verkauft werden können und sollen und ob wir das wirklich wollen.

Was können wir nun aber tun? Sicherlich wird keine Einzelmaßnahme ausreichen. Wir werden die laufenden Ausgaben, aber auch die Investitionen, genau unter die Lupe nehmen müssen.

Bei den laufenden Ausgaben gilt es die Standards z.B. für Ersatzbeschaffungen zu hinterfragen genauso wie die Höhe der Ausgaben für Sach- und. Die Rechnungsergebnisse der letzten Jahre haben gezeigt, dass hier immer Mittel "übrig" bleiben. Wir gehen davon aus, dass es hier ein erhebliches Einsparpotential gibt, wenn der Wille dazu vorhanden ist.

Gleiches gilt auch im investiven Bereich. Die hohen Bau-Ausgaben in allen Bereichen belasten unseren Haushalt ebenso wie die laufenden Ausgaben. Oftmals haben wir den Eindruck, dass wir die Bauten nach wie vor auf hohem Niveau ausführen. Hier müssen dringend die Standards des Baus, aber auch der Ausstattung in allen Bereichen, überprüft werden.

Wir hinterfragen auch die Dauer von Planungen. Wir müssen davon wegkommen, Interimslösungen zu bauen. Diese belasten unseren Investitionsetat zusätzlich in hohem Maße.

All diese Themen können nicht im Rahmen des aktuellen Haushalts-Verfahrens für 2020 abgearbeitet werden, deshalb haben wir dazu auch keine Anträge gestellt. Hier brauchen wir ein anderes Verfahren wie z.B. eine Klausurtagung oder Ähnliches.

Und wir brauchen deutlich mehr Engagement für Klimaschutz in der Kommune.

Interessant ist, dass in einem Artikel in der LKZ vom letzten Samstag über eine Veranstaltung in Weil der Stadt zum Thema Energiewende berichtet und drei Themen genannt werden, die sich auch in unseren Anträgen finden: Beitritt zum Klimapakt

Baden-Württemberg, Erstellen einer Wärmeleitplanung und den Bau von PV-Anlagen auf städtischen Dächern.

Zu diesen Themen haben wir Anträge gestellt. Hier muss sich dringend etwas tun – und wir fragen uns, warum von der Stadtverwaltung für die kommenden Haushalte hierfür keine Impulse enthalten sind. Kein einziges Wort ist in der Präsentation oder im Vorbericht zum Haushalt 2020 und den Folgejahren zum Thema Klimaschutz enthalten. Wir fragen uns: Kann es sein, dass dieses Thema komplett an unserer Verwaltungsspitze vorbeigeht? Hat man den Ernst der Lage noch nicht erkannt? Global denken und lokal handeln ist das Motto der Stunde.

Und wir müssen an das Thema Verkehrsreduzierung ran, dies ist aufgrund der CO₂-Einsparung erforderlich aber auch damit wir nicht im Verkehr ersticken werden. Aber wo sind die Konzepte zur Verkehrsentlastung? Was haben die Verkehrszählungen ergeben? Warum werden Konzepte zur Nachhaltigen Mobilität nicht umgesetzt? Wir haben dieses Jahr in unseren Anträgen den Schwerpunkt auf den Radverkehr gesetzt, weil sich hier in den letzten Jahren nichts getan hat. Und das, obwohl es etliche Gefahrenstellen gibt, an denen dringender Handlungsbedarf besteht.

Ich möchte die Rede mit einem Zitat aus einem Songtext einer bekannten deutschen Sängerin beenden: Sie sang in einem ihrer Welthits: „Zukunft wird aus Mut gemacht“. Auch wir in Leonberg brauchen Mut, um Leonberg weiter zu entwickeln, beim Klimaschutz voranzukommen und nicht alles dem Motorisierten Individualverkehr und den Blechlawinen unterzuordnen. Die Menschen müssen bezahlbaren Wohnraum finden. Und wir müssen die Lebens- und Aufenthaltsqualität verbessern. Und wir brauchen einen soliden Haushalt. In diesem Sinne wünsche ich uns allen gute Beratung und möchte mich bei allen beteiligten MitarbeiterInnen für die Erstellung des Haushalts-Entwurfs bedanken.

Birgit Widmaier und Dr. Bernd Murschel; November 2019